

Wiesbaden, den 24. Februar 2023

Attraktives Angebot für die Beschäftigten der öffentlichen Kliniken durch die Arbeitgeberseite in der laufenden Tarifrunde

Klinikverbund Hessen erwartet Verzicht auf die geplanten Warnstreiks

Der Verband der kommunalen Arbeitgeber hat gemeinsam mit dem Bund ein attraktives Angebot für die laufenden Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst und damit auch für die Beschäftigten in den öffentlichen und kommunalen Krankenhäusern des Klinikverbunds Hessen vorgelegt. Den Beschäftigten wird darin unter anderem eine lineare Gehaltssteigerung von insgesamt 5%, ein Inflationsausgleich von 2.500 Euro und eine Erhöhung der Jahressonderzahlungen bei einer Laufzeit von 27 Monaten angeboten. Insbesondere für den Bereich der Krankenhäuser enthält das Angebot auch erweiterte Möglichkeiten für Zulagen bzw. Höhergruppierungen. *„Wir wollen, dass die Menschen, die in unseren Krankenhäusern für eine gute und anspruchsvolle Gesundheitsversorgung arbeiten dafür auch in Zeiten hoher Inflation eine faire Vergütung erhalten“*, betont Clemens Maurer, Vorstandsvorsitzender des Klinikverbunds Hessen. Dies sei auch im Interesse der Arbeitgeber, da Krankenhäuser und der gesamte Gesundheitsbereich mit allen anderen Branchen um gute Nachwuchs- und Fachkräfte konkurrierten.

Gleichzeitig bedeute jede Tarifsteigerung eine zusätzliche Belastung für die Krankenhäuser. *„Wir dürfen nicht vergessen, dass die Personalkostensteigerungen außerhalb der Pflege am Bett im Krankenhaus nicht refinanziert werden“* erläutert Reinhard Schaffert, Geschäftsführer des Klinikverbunds Hessen. Die Steigerung des Landesbasisfallwerts für 2023 decke nicht einmal annähernd die Inflationsbedingten Kostensteigerungen, geschweige denn zusätzliche Personalkosten. Und auch im Pflegebereich könnten die Kostensteigerungen frühestens im Pflegebudget des nächsten Jahres geltend gemacht werden, das jedoch zunächst mit den Krankenkassen zu verhandeln sei. Viele Krankenhäuser auch innerhalb des Klinikverbunds Hessen seien in einer zunehmenden kritischen Finanzlage, die durch die steigenden Personalkosten zusätzlich belastet werde.

„Auf jeden Fall hoffen wir, dass dieses Angebot bei der Arbeitnehmerseite auf offene Ohren trifft und damit auf die auch an Krankenhäusern geplanten Warnstreiks verzichtet wird“, so Schaffert weiter. Die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung sei ein unpassender Bereich für die tariflichen Auseinandersetzungen. Massive Streiks an Krankenhäusern mit weitgehender Lahmlegung des normalen Krankenhausbetriebes, wie sie teilweise geplant gewesen seien, gefährdeten nicht nur die akute Versorgung, sondern aufgrund der finanziellen Auswirkungen in der sowieso angespannten Lage das gesamte Krankenhaus.

„Wir hoffen auf einen baldigen einvernehmlichen Abschluss der Tarifverhandlungen, damit wir uns gemeinsam auf die anderen Herausforderungen wie Fachkräftemangel und Krankenhausreform, vor allem aber auf unsere wichtigste Aufgabe, die Patientenversorgung konzentrieren können“, betont Maurer.